

## Leistung und Gegenleistung im Postwesen.

Der Vossischen Zeitung vom 17. d. M. entnehmen wir mit Genehmigung des Verfassers die nachfolgende Betrachtung: (Red.)

Die Steuerkommission des Reichstags wandelt in den Verkehrsfragen ihre eignen Wege, und man darf hoffen, daß die Fraktionen im Plenum den verblüffenden Beschlüssen schon deshalb nicht Folge geben werden, weil die Antragsteller leider davon abgesehen haben, sich über die Dinge zu unterrichten, bevor sie ihren Reformeifer daran ausliehen. In den meisten Parteien gibt es Abgeordnete, die sich mit Tarifreformen und mit dem Postwesen einigermaßen vertraut gemacht haben. Aber in der Kommission führten meist diejenigen das große Wort, die durch ihre Improvisationen und schnellfertigen Urteile verrietten, daß ihnen ein sachliches Studium dieser wichtigen Fragen abgehe.

Der Antrag des Abgeordneten Bodemann von der Reichspartei forderte Portoreformen zur »entsprechenden Verzinsung« des Postkapitals und zur Vermeidung weiterer Anleihen. Eine vorherige Feststellung, daß sich das Anlagkapital der Post nach einer Erklärung des Staatssekretärs vom vorigen Jahr »sehr gut« verzinst, hielt er nicht für nötig, abgesehen davon, daß eine Einrichtung, wie die Post, überhaupt nicht den Zweck hat, als Erwerbsanstalt hohe Überschüsse abzuwerfen. Die alljährliche Bemerkung bei den einmaligen außerordentlichen Ausgaben des Postetats (Kap. 6, Titel 1), wo für 1906 zu Fernsprechweden 34 Millionen neu gefordert und die Anleihen begründet werden, hat er wohl nicht gelesen, oder er glaubte, sie ignorieren zu dürfen. Sie lautet: »Die außerordentliche Steigerung in der Entwicklung des Fernsprechwesens, welche die seit 1. April 1900 durch die neue Fernspreckgebührenordnung in den kleinen und mittleren Orten eingetretene Gebührenermäßigung hervorgerufen hat, dauert an. Es rechtfertigt sich daher, wie in den Vorjahren, für solche Anlagen, die vorzugsweise der Zukunft zu gute kommen, einen dauernden Wert besitzen und auch eine ausreichende Verzinsung gewähren, die Ausgaben, soweit sie nach Art und Umfang über den Rahmen der bloßen regelmäßig wiederkehrenden Ausgestaltung des Fernsprechwesens hinausgehen, aus Anleihemitteln zu bestreiten.« Für rentable und im Verkehrsinteresse notwendige neue Kapitalanlagen keine Anleihen aufzunehmen, wenn das Geld nicht anders zu beschaffen ist, wäre eine wirtschaftliche Torheit.

Aus dem Antrag Bodemann wurde dann in der Kommission ein neuer Kompromißantrag Gröber (B.), Becker (ntl.), Dietrich (l.), v. Dergen (Rp.) und Wolff (Wirtsch. Vgg.) geschmiedet, der gegen die Stimmen der Linken angenommen wurde und den Reichskanzler auffordert, »auf eine Erhöhung der Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung durch Maßnahmen Bedacht zu nehmen, die 1) die Beseitigung der im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere, 2) die anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen zum Gegenstand haben.«

Wie sehr diese Vorschläge selbst Freunde der Mehrheit überrascht haben, beweist doch die »Deutsche Tageszeitung«, die sie als »Zickzackkurs« deutlich genug verspottete und, auf die Unkenntnis der Antragsteller hinweisend, meinte: »wer die Entwicklung der Postverhältnisse in den letzten Jahren aus der Nähe verfolgt hat, der wird kaum verstehen, wie der erwähnte Antrag Annahme finden konnte«; denn es sei doch im Reichstage unendlich oft betont worden, »daß die Tendenz bei den Postgebühren auf Verbilligung und nicht auf Verteuerung gehen müsse«. Sicherlich werden einsichtige Leute im Zentrum und bei den Nationalliberalen den Antragseifer ihrer Vertreter im Ausschuss nicht weniger mißbilligen und preisgeben. Diese Anträge, die ungeheuerliche und bedenkliche kilometrische Reichsfahrkartensteuer, die Ansichtskartensteuer und nun noch die Aufhebung der Ortstarife fangen nachgerade an, gemeingefährlich zu werden.

In der Kommission spielten wieder die alten Schlagworte »Leistung und Gegenleistung« eine Rolle, so bei den Abgeordneten Dietrich (l.) und Speck (B.). Wenn man vor 6 Jahren einen Fehler gemacht habe, so könne man ihn jetzt wieder ausgleichen. Zwischen Leistung und Preis müsse ein erträgliches Verhältnis geschaffen werden. Das Zweipfennig-

porto sei ein Fehler gewesen. Der Staatssekretär Kraetke erwiderte zwar, daß die Post kein bloßes Geschäft sei, sondern auch der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen habe, daß von einer Unterbilanz bei ihr keine Rede sei, zumal wenn man ihre unentgeltlichen Leistungen bei portofreien Briefen und bei der Sozialpolitik, in Summa etwa Leistungen von 20 1/2 Millionen Mark Wert, in Betracht ziehe. Aber er erklärte sich grundsätzlich nicht abgeneigt, die Portosätze zu erhöhen, wenn der Reichstag dieses beschliesse, und meinte, die Regierung habe sich mit den billigen Ortstarifen formell nie festgelegt. Nun, formell vielleicht nicht, aber moralisch und im Sinne von Treu und Glauben zweifellos. Denn die gesetzliche Aufhebung der Privatposten ist nur genehmigt worden auf die Zusage der Ermäßigung der Ortsportotarife auf die heutigen Sätze. Im ganzen, sagte Herr Kraetke, hätten sich die Tagen gut bewährt. Doch sei mindestens eine Deckung der Selbstkosten zu verlangen, und diese sei bei der Zweipfenniggebühr für den Ortsverkehr nicht möglich. Bei der Postetatsberatung im Plenum bemerkte er weiter, daß die Herstellung einer Postkarte der Reichspost selbst etwa 1/8 bis 1/10 s koste und daß die Bestellung einer 2 s-Karte daher verlustbringend und unwirtschaftlich sei, die einer 5 s-Karte dagegen nicht. Auch einer Änderung, das heißt Erhöhung der billigen Drucksachengebühr und der Gebühr für die Zeitungsbeilagen zeigte er sich geneigt.

Auch diese amtlichen Ansichten über die Selbstkosten erscheinen anfechtbar. Es ist ein falscher Grundsatz, bei jeder Postsendung ein so hohes Porto zu fordern, daß Beförderung und Bestellung im Einzelfalle lohnend erscheinen. In der Post spielt der Massenverkehr eine Rolle; auch bringt erst das Gesamtergebnis eine Rentabilität, genau so, wie auch in jedem großen kaufmännischen Geschäft eine Masse Leistungen, z. B. die meisten einzelnen Reklamesendungen, verlustreich sind, wenn nur im ganzen ein Gewinn erzielt wird. Im Jahre 1904 hatte die Reichspost eine Portoeinnahme von 357,45 Millionen Mark (ohne Telegraph und Fernsprecher) und beförderte 5648 Millionen aufgegebenen Postsendungen aller Art, so daß auf jede einzelne ein Durchschnittsporto von 6,3 s käme. Wir haben aber nicht ein solches Einheitsporto für alle Postsendungen, für Pakete, Briefe und Anweisungen, sondern wir differenzieren das Porto aus guten Gründen für die einzelnen Postsendungskategorien und erheben für Pakete 25 und 50 s, für Briefe 5 und 10 s, für Postkarten 2 und 5 s, für Drucksachen 2 oder 3, 3 oder 5 s usw., für Zeitungen im Postabonnement durchschnittlich 0,5 s, für Zeitungsbeilagen aber 0,25 s. Daneben gibt es sogar etwa 80 Millionen ganz portofreie Briefpostsendungen. Zeitungen vertragen kein so hohes Porto wie Briefe. Da sie aber ein Kulturelement sind und ferner durch ihre vielen Inserate zu zahllosen Briefen, Karten, Paket- und Geldsendungen anregen, so hat die Post gar keinen Grund, sie teurer zu befördern, wenn sie im ganzen gut auf ihre Kosten kommt. Dasselbe gilt von den Beilagen. In Canada und Chile werden Zeitungen überhaupt portofrei befördert, in der Union und in Mexiko etwa für 4 s pro Pfund; Zeitungsbeilagen werden ferner ohne besondere Portoerhebung befördert in Belgien, Holland, Luxemburg, Frankreich, England, Italien und in der Schweiz. Weshalb sollten wir pedantischer sein, zumal da es bloß 229 Millionen beförderte Beilagen jährlich sind, d. h. kaum vier Stück jährlich auf jeden Einwohner oder durchschnittlich täglich knapp drei auf jeden Beamten der Reichspost! Eine Erhöhung auf 1/2 s wie bei Zeitungen würde auch nur etwa 1/2 Million Mark mehr einbringen. Der Briefträger macht seine regelmäßigen Bestellungen; ob er teuer oder billig frankierte Postsendungen trägt, ist ihm einerlei. Je mehr Briefschaften er mit hat, um so wirtschaftlicher ist in der Regel sein Gang. Eine Drucksachensendung von 1 Kilogramm Gewicht bringt im Fernverkehr nur 30 s Porto; dagegen ein Kilo 2 Pfennig-Karten (etwa 450 Stück) trägt 9 s an Porto ein. Kann man da wirklich sagen, daß das ein unwirtschaftlicher Betrieb sei, auch wenn 1/8 dieses Betrages auf die Herstellung der Karten fällt? In Wirklichkeit liefert die Post aber nur knapp die Hälfte der beförderten Postkarten als eingestempelte Karten auf ihre Kosten. 1904 z. B. wurden nur 136 Millionen gestempelter 2 Pfennig-Karten verkauft, während etwa 277 Millionen Ortspostkarten im ganzen verschickt wurden; nämlich etwa 25 v. H. aller internen Postkarten, wie seinerzeit aus der Poststatistik für 1902 ersichtlich war. Infolgedessen dürfte der Staatssekretär im